

## Das nächste Erntejahr.

Wünsche des deutschen Städtetages.

Der Nahrungsmittelausschuß des Deutschen Städtetages hat gestern im Berliner Rathaus eine umfangreiche Sitzung abgehalten, an der außer dem Vorsitzenden Oberbürgermeister Wermuth und dem Geschäftsführer Dr. Luther die Oberbürgermeister Dr. v. Borscht-München, Dr. Gehler-Nürnberg, Bindemann-Kiel, Dr. Rive-Halle a. S., D. Schwander-Strasbourg, Tramm-Hannover, Voigt-Frankfurt a. M. und Dr. Wilms-Posen teilgenommen haben. In der Sitzung ist eine Eingabe an die Reichsregierung beschlossen worden, deren Hauptinhalt der Hinweis auf die dringende Notwendigkeit ist, unter Benützung aller bisherigen Erfahrungen schon jetzt eine umfassende Vorkehrung für die Ernährung der städtischen Bevölkerung im nächsten Erntejahr zu treffen.

Dieser Beschluß verdient vollste Anerkennung und wird hoffentlich von den maßgebenden Stellen auch die gebührende Berücksichtigung finden, damit wir nicht das gleiche wie in diesem Jahre erleben, wo in dem kartoffelreichsten Lande Kartoffelknappheit eintrat. Von der Zuckerknappheit erst gar nicht zu reden, wo noch kurz vor dem Kriege bei uns Zuckerrüben-Wanderredner besoldeten, damit sie das Publikum über den Nährwert des Zuckers aufklärten. All diese Fehler müssen vermieden werden. Beizeiten muß eingegriffen werden und die Interessen der städtischen (verbrauchenden) Bevölkerung nicht geringer veranschlagt werden als die der ländlichen (produzierenden). Man hat bis jetzt noch kein klares Bild, wie die Fleischversorgung im einzelnen geregelt werden soll. Das liegt im wesentlichen auch daran, daß man kein genaues Bild über die vorhandenen Viehbestände hat. Ob die für den 15. April angeordnete Viehzählung völlige Klarheit geben wird? Man sollte bei der Aufnahme der vorhandenen Fleischbestände sehr genau vorgehen. Werden auch die durch die zahlreichen Sauschlachtungen auf dem Lande vorhandenen Vorräte dadurch erfasst werden? Solange eine solche Feststellung nicht möglich ist, hat eine Fleischkarte keinen Sinn, auch nicht für Groß-Berlin, das in seinem Gebiet auch ländliche Bezirke einschließt. Es ist daher ganz richtig, daß man sich in Groß-Berlin auf **Ausweisarten** beschränkt, die verhindern sollen, daß der Verbraucher des einen Ortes bei den Fleischern des Nachbarorts einkauft.